

Die Gemeinden Hardt und Lauterbach schließen öffentlich-rechtlichen Vertrag über die interkommunale Zusammenarbeit im Standesamtswesen

Hauptamtsleiter Andreas Kaupp teilte mit, dass in der Gemeinde Hardt lediglich 2 Standesbeamte bestellt sind. „Die Standesamtsaufsicht beim Landratsamt Rottweil hatte die Gemeinde Hardt nun gebeten sich Gedanken über die zukünftige Organisation des Standesamtes zu machen und dabei angeregt die interkommunale Zusammenarbeit mit einer Nachbargemeinde zu überprüfen“, berichtete er. Er teilte mit, dass bei der Gemeinde Lauterbach derzeit in der Verwaltung 4 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die entsprechende Qualifikation haben. Er gab jedoch auch zu bedenken, dass sich dies in den kommenden Jahren ändern kann und deshalb eine Kooperation sinnvoll ist. Er gab zudem zu bedenken, dass die gegenseitige Vertretung nur auf Notfälle begrenzt ist und die Gemeinden bei einem Einsatz die jeweiligen Personal- und Fahrtkosten selbst tragen. Insgesamt schlug er den Abschluss eines öffentlich-rechtlichen Vertrages zwischen den beiden Gemeinden vor. Danach könnten die Absprachen zwischen den beiden Standesämtern erfolgen um anschließend die Standesbeamten zu Verhinderungsvertretern in der jeweils anderen Gemeinde zu bestellen.

Der Gemeinderat konnte abschließend dieser Vorgehensweise zustimmen und beschloss die Verwaltung zu beauftragen den entsprechenden öffentlich-rechtlichen Vertrag mit der Gemeinde über die interkommunale Zusammenarbeit im Standesamtswesen abzuschließen und die weiteren Schritte zu veranlassen.

Gebühren für die verlässliche Grundschule werden ab dem Schuljahr 2020/2021 angepasst

Kämmerer Rainer Betschner unterrichtete die Mitglieder des Gemeinderates von einer Umfrage bezüglich der Kosten für die Betreuung an Schulen. „In der Tabelle ist ersichtlich, dass die Gemeinde Lauterbach bei den Kosten für das Mittagessen im oberen Durchschnitt liegt. Bei der Frühbetreuung sowie bei der Mittag- und Hausaufgabenbetreuung liegt die Gemeinde jedoch im unteren Durchschnitt. Da die Personalkosten jährlich steigen, bezuschusst die Gemeinde die verlässliche Grundschule derzeit mit 24.000 EUR“, sagte er. Er schlug in diesem Zusammenhang vor, die monatliche Gebühr für die Frühbetreuung von 20 auf 40 EUR zu erhöhen und bei der Mittags- und Hausaufgabenbetreuung von 40 auf 80 EUR zu erhöhen. Huber Nagel sprach sich für eine moderatere Anpassung aus. „Eine Erhöhung um 100 % ist deutlich zu hoch“, monierte er. Auf Anfrage von Sonja Rajsp bestätigte Kämmerer Rainer Betschner, dass der kommunale Zuschuss bei 24.000 EUR liegt und dabei der Landeszuschuss schon abgerechnet ist. Der Einsatz einer Betreuerin, die ein freiwillig soziales Jahr absolviert, sei problematisch, da diese nicht alleine arbeiten dürfe. Johannes Geprägs und Stefan Weinmann sprachen sich ebenfalls für moderate Anpassungen aus. Letztlich wurde der Verwaltungsvorschlag, die Gebühren zu verdoppeln mit deutlicher Mehrheit abgelehnt. Der Gemeinderat beschloss dann, die Gebühren für die Frühbetreuung auf 30 EUR sowie für die Mittag- und Hausaufgabenbetreuung auf 60 EUR je Monat zu erhöhen. Die Erhöhung wird ab dem Schuljahr 2020/2021 wirksam. Zudem sollen die Gebühren in kürzeren Abständen überprüft und gegebenenfalls angepasst werden.

Gemeinderat legt Nutzungszeiten für Kleinspielfeld und Schulhof fest

Bürgermeister Norbert Swoboda teilte mit, dass das Kleinspielfeld im Bereich Schule/Schulgasse bekanntlich bereits fertiggestellt ist und dieses je nach Witterung auch schon genutzt wird.

„Um die Nutzung zu regeln wird vorgeschlagen eine Benutzungsordnung zu erstellen. Dieser Wunsch wurde auch von einer Anliegerfamilie an die Gemeindeverwaltung herangetragen. Mit dieser Anliegerfamilie und dem gemeinderätlichen Ausschuss für Verwaltung, Vereine, Familie und Soziales wurde ein Entwurf vorbesprochen. Auch die sporttreibenden Vereine wurden grundsätzlich über die geplanten Nutzungszeiten unterrichtet. Dem Entwurf konnte sowohl seitens der Anliegerfamilie und auch seitens des Ausschusses zugestimmt werden. Die Nutzungszeiten wurden noch geringfügig angepasst. Zudem wurde ein Passus hinsichtlich der Untersagung von Beschallungen durch Privatpersonen aufgenommen. "Außerdem wurde angeregt, die Benutzungsordnung auf den Bereich des Schulhofes auszudehnen", berichtete Bürgermeister Norbert Swoboda. Mit großer Mehrheit beschloss der Gemeinderat letztlich eine Benutzungsordnung für das Kleinspielfeld Schulgasse und den Schulhof der Grundschule Lauterbach. Wesentlich sind dort die Benutzungszeiträume Montag bis Freitag 7:30 Uhr bis 22:00 Uhr, am Samstag 9 bis 22:00 Uhr und am Sonntag 9 bis 20:00 Uhr. Zudem wurden Bestimmungen zu Lärmbelästigungen, zur Nutzungsberechtigung, zu den Grünanlagen, zur Sauberkeit und zur Weisungsbefugnis aufgenommen. Die vollständige Benutzungsordnung wird noch im Amtsblatt "Bürger und Gemeinde" abgedruckt und mit Schildern und Piktogrammen im Bereich des Kleinspielfeldes und des Schulhofes bekannt gemacht.

Rathausplitter

Bürgermeister Norbert Swoboda bedankte sich bei den Feuerwehrkameraden für die 6 Einsätze während des Orkans „Sabine“. Die Feuerwehr war an beiden Tagen im Einsatz und hatte hauptsächlich mit umgestürzten Bäumen zu tun. Auch der Bauhof war mit Aufräumarbeiten mehr als beschäftigt. Zum Glück sind aber keine größeren Schäden entstanden.

Er gab bekannt, dass die Kunstradfahrerin Sandra Öhler, die für den RV Herrenzimmern startet, die Bezirksmeisterschaften der Juniorinnen des Bezirk Schwarzwald-Zollern gewonnen hat. Hierbei konnte sie einen Rückstand nach eingereicher Punktzahl gegenüber ihrer Konkurrentin in einen Vorsprung umwandeln. Er beglückwünschte die Sportlerin zu ihrem schönen Erfolg.

Er gab bekannt, dass in der neuen Broschüre des Rad- und Wanderparadies Schwarzwald und Alb 2020 mit den Themen Radfahren, Wandern und Freizeit Lauterbach mit mehreren Beiträgen vertreten ist.

Zudem teilte er mit, dass die Abrechnung der Dorfhelferinnenstation 2019 einen Fehlbetrag in Höhe von 8.277,90 EUR ergeben hat. Der auf die Gemeinde Lauterbach anfallende Anteil betrage lediglich 32,29 EUR.

Er gab bekannt, dass im Schulhof der Gartenhydrant voraussichtlich nächste Woche eingebaut wird. Die Firma Senn werde die Kletterpyramide kostenneutral zurücknehmen und der Hersteller werde ein neues an die besondere Höhensituation angepasstes Gerät produzieren. Die Höhe von eventuellen Mehrkosten werde noch im Laufe der Woche mitgeteilt.

Er, so Bürgermeister Norbert Swoboda, schlage er vor, dass die Gemeinde an dem aktuellen Wettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft - aktives Dorf zur Verbesserung der Lebensqualität“ Im Zeitraum 2020 bis 2022 in Baden-Württemberg teilnehmen könnte. Eine Beratung hierzu werde in einer der nächsten beiden Gemeinderatssitzungen erfolgen, da die Bewerbungsfrist am 15. Mai endet. Er gab zu bedenken, dass die Gemeinde bereits vor 9 Jahren schon einmal überlegt hat teilzunehmen, damals allerdings wegen vieler anderer Projekte verzichtet hat.

Er gab bekannt, dass im Ausschuss für Verwaltung, Vereine, Familie und Soziales eine Vorberatung hinsichtlich der Nutzungszeiten beim Kleinspielfeld und im Schulhof stattgefunden hat. Zudem gab er bekannt, dass um die Personalsituation in der Gemeindegemeinschaft zu entschärfen, die Ausschreibung einer Halbtagsstelle in der Finanzverwaltung befristet auf 2 Jahre beschlossen worden ist.

Bei den Terminen verwies er auf die Fasnetsveranstaltungen sowie auf die Submission der Baumaßnahme „Neue Ortsmitte/Rathausplatz“ am 3. März. Die Vergabe ist dann am 16.03.2020 geplant. Weiter lud er zum bunten Abend der Kickers-Jugend am 14.03.2020 um 19:00 Uhr im Gemeindehaus ein.

Kämmerer Rainer Betschner teilte mit, dass die Betriebsprüfung der Rentenversicherung stattgefunden hat und sich diesbezüglich nur 2 ganz kleine minimale Beanstandungen ergeben haben.

Hauptamtsleiter Andreas Kaupp teilte mit, dass erneut Geschwindigkeitsüberwachungen durch den Landkreis stattgefunden haben. So wurden am 7. Februar 196 Fahrzeuge kontrolliert wobei es 5 Beanstandungen (2,55 %) gab. Der schnellste Fahrzeuglenker war mit 66 km/h unterwegs. Eine weitere Messung am gleichen Tag auf Höhe des Kindergartens ergab 40 Beanstandungen bei 330 gemessenen Fahrzeugen (12,12 %). In diesem Bereich lag die Höchstgeschwindigkeit bei 64 km/h, zulässig sind dort lediglich 30 km/h.

Weiter teilte Hauptamtsleiter Andreas Kaupp mit, dass sich im Bereich Rotwasser/Kahlenberg eine Eigentümergemeinschaft bilden wird, die im dortigen Bereich beabsichtigt, einen längeren Waldweg, mit dem zahlreiche Parzellen erschlossen werden, zu erstellen. Betroffen sind sowohl Grundstücke auf Lauterbacher als auch auf Schiltacher Gemarkung. Die Gemeinde habe dort selbst keine Grundstücke, werde jedoch die finanzielle Abwicklung, ohne sich selbst an den Kosten zu beteiligen, für die Eigentümer übernehmen. Der in der Gemeinderatssitzung anwesende Initiator Konrad

Ginter teilte mit, dass zunächst der entsprechende Zuschuss beantragt wird um gegebenenfalls im Herbst mit der Maßnahme beginnen zu können.

Der einzigen vorliegenden Bausache konnte der Gemeinderat zustimmen. Im Bereich des Gasthauses „Adler“, Föhrenbühl 1, ist der Neubau eines Doppelwohnhauses mit Garagen auf Flurstück 1334 geplant. Der dortige Bebauungsplan ist bereits weit fortgeschritten, sodass jetzt das Baugesuch parallel bearbeitet werden kann.

Im Rahmen der Anfragen ging Georg Buchholz auf das Sturmtief „Sabine“ und insbesondere auf die Einsätze der Feuerwehr ein. Er bezeichnete die Einsätze als teilweise nicht notwendig. „In einem Fall wurde an einer Hofzufahrt ein Baum entfernt, den auch der Eigentümer hätte entfernen können. Eine Dringlichkeit war aus meiner Sicht nicht geboten. Probleme werden im Nachhinein entstehen, wenn der Eigentümer hierfür die entsprechende Rechnung der Gemeinde erhält.“ Er forderte in diesem Zusammenhang, zuerst die Waldeigentümer zu informieren, damit diese Gelegenheit haben, umgestürzte Bäume selbst zu entfernen. Spätere Rechnungen an Waldeigentümer würden für Verärgerung und großes Unverständnis sorgen. Bauhofleiter Felix Belke teilte mit, dass seitens des Bauhofes einige Außenbereichsstraßen kurzfristig gesperrt worden sind. Dort wurden dann, soweit dies möglich war, die Eigentümer unterrichtet. In allen Fällen ist dies aber sicherlich nicht machbar. Weiter verwies Georg Buchholz auch darauf, dass die Einsätze teilweise noch während des Sturmtiefs durchgeführt worden sind und sprach damit die Gefahrensituation für die Feuerwehrkameraden an.

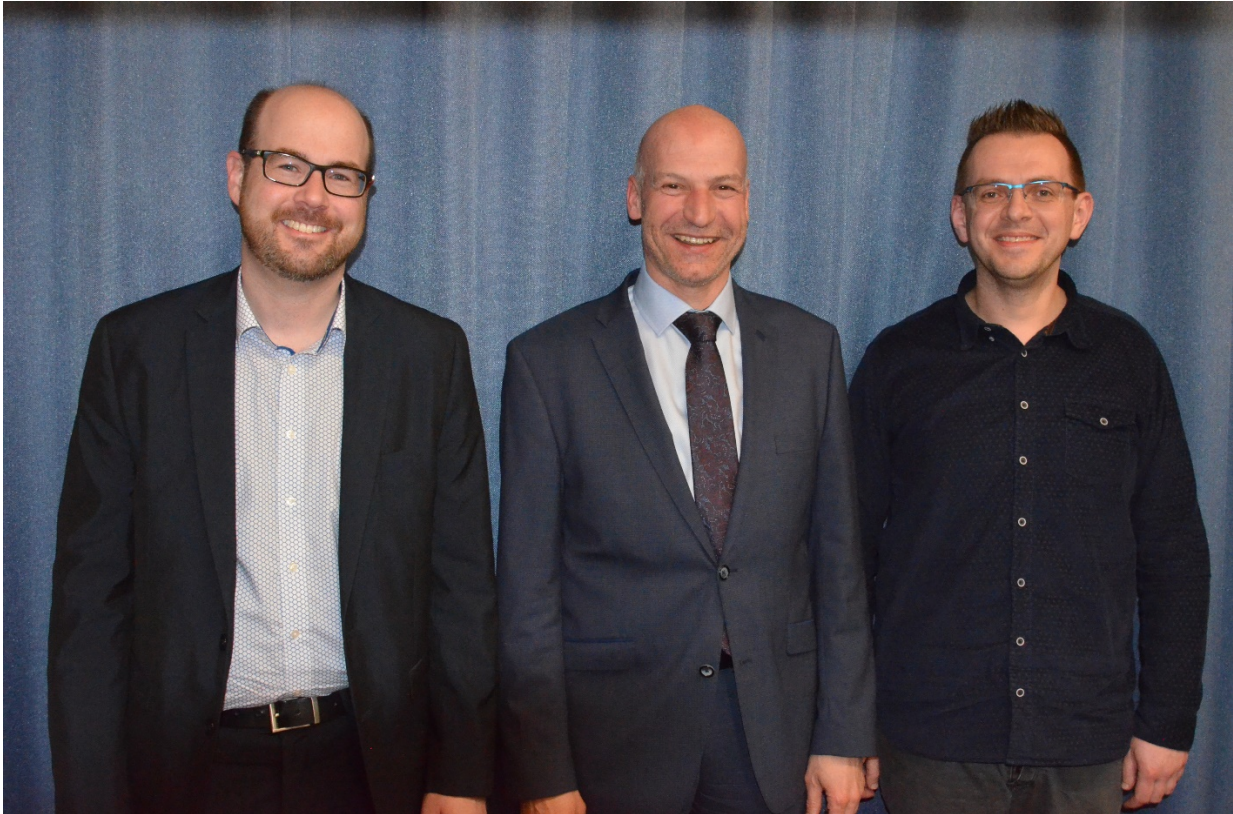
„Für mich geht die Sicherheit auf den öffentlichen Straßen eindeutig vor. Zudem möchte ich zu bedenken geben, dass Rettungswege jederzeit frei sein müssen“, sagte Stefan Weinmann. „Dafür muss man auch in Kauf nehmen, dass die Feuerwehr kurzfristig private Bäume weggeräumt.“ Bürgermeister Norbert Swoboda gab zu bedenken, dass die Land- und Forstwirte gebeten worden sind zu überprüfen, ob solche Schadensfälle in der jeweiligen Versicherung des Grundstückseigentümers aufgenommen werden können.

Kämmerer Rainer Betschner im Gemeinderat verabschiedet Alexander Hofer neuer Leiter der Finanzverwaltung

Zum Ende der letzten Gemeinderatssitzung konnte Bürgermeister Norbert Swoboda den seitherigen Gemeindegamnerer Rainer Betschner verabschieden. Zunächst ging er auf den beruflichen Werdegang des seitherigen Fachbeamten für das Finanzwesen ein. „Nach einer längeren Zeit bei der Bundeswehr als Rechnungsführer und stellvertretender Zahlstellenleiter erfolgte die Ausbildung zum Bachelor of Arts mit dem Vertiefungsfach Wirtschafts- und Finanzwesen an der Hochschule in Kehl. Zum 01.03.2018 war dann der Arbeitsbeginn bei der Gemeinde Lauterbach als Fachbeamter für das Finanzwesen. Bereits Ende vergangenen Jahres wurde Rainer Betschner dann zum Kämmerer der Stadt Geisingen gewählt und zum 1.3.2020 erfolgt nun die Versetzung zur dortigen Gemeindeverwaltung“, berichtete der Bürgermeister. Weiter ging er auf die Aufgaben, die sehr umfangreich sind ein und lobte den Einsatz des scheidenden Gemeindegamnerers in den vielfältigen Aufgabengebieten. Insbesondere nannte er die Umstellung auf das neue Haushalts- und Kassenrechts, die letztlich in die Erstellung des Haushaltsplanes 2020 nach neuem Recht mündete. „Bedauerlich ist es, dass Sie uns nun nach nur 2 Jahren verlassen. Wir wünschen Ihnen sowohl privat als auch beruflich an der neuen Arbeitsstätte alles Gute und bedanken uns für die vergangenen 2 Jahre als Kämmerer der Gemeinde Lauterbach“, bilanzierte Bürgermeister Norbert Swoboda.

Rainer Betschner seinerseits bedankte sich für die sehr gute und auch lehrreiche Zeit bei der Gemeindeverwaltung Lauterbach. „Zusammen mit Gemeinderat und Verwaltung konnten in der kurzen Zeit viele Projekte umgesetzt werden“, sagte er. Die Wahl zum Kämmerer bei der Stadt Geisingen sah Rainer Betschner als weiteren beruflichen Karriereschritt an, dem noch weitere folgen sollen.

Im Zusammenhang mit der Verabschiedung des scheidenden Kämmerers konnte Bürgermeister Norbert Swoboda gleich den Nachfolger präsentieren. In geheimer Wahl wurde Alexander Hofer zum neuen Fachbeamten für das Finanzwesen gewählt. Er war seither beim Gemeindeverwaltungsverband Donau-Heuberg als Kämmerer tätig und wird seinen Dienst in der Gemeindeverwaltung zum 1. April 2020 aufnehmen“, freute sich der Bürgermeister.



Nach der Verabschiedung von Rainer Betschner (rechts) konnte Bürgermeister Norbert Swoboda in der letzten Gemeinderatssitzung gleich den Nachfolger Alexander Hofer (links) präsentieren.

Gemeinderat vergibt Gewerke zur Sanierung der Galerie „Wilhelm Kimmich“

Ermächtigung zur Vergabe des noch fehlenden Elektrogewerkes erteilt - Vergabesummen liegen insgesamt unter der letzten Kostenschätzung

Bei der Beratung und Beschlussfassung zu den Vergaben hinsichtlich der Sanierung der Galerie Wilhelm Kimmich lagen bei Bürgermeister Norbert Swoboda und Hubert Nagel als Vorsitzende des Kunstvereins „Wilhelm Kimmich“ erneut Befangenheiten vor. Zu diesem Tagesordnungspunkt hatte dann der 1. stellvertretende Bürgermeister Rolf Buchholz die Sitzungsleitung übernommen. Er begrüßte zu diesem Punkt den Fachplaner Sven Springweiler und Architekt Jürgen Bihlmaier.

Hauptamtsleiter Andreas Kaupp gab zu bedenken, dass die Ausschreibung der Gewerke für die Sanierung der Galerie Wilhelm Kimmich ursprünglich bereits im November 2019 stattgefunden hat. „Allerdings gingen bei der damaligen Submission für die Bereiche der technischen Gewerke teilweise stark überhöhte Angebote und in einem Bereich gar kein Angebot ein.

Dadurch konnte letztlich damals noch nicht beurteilt werden, wie sich die Gesamtkosten der Maßnahme entwickeln“, erläuterte er. „Der Gemeinderat hat dann damals beschlossen, verschiedene technische Gewerke nochmals bzw. neu auszuschreiben. Zudem wurde beschlossen, dass die Vergabe in der Februarsitzung 2020 stattfinden soll.“ Er teilte mit, dass von sämtlichen günstigsten Bietern bei der 1. Ausschreibung eine Zustimmung hinsichtlich der Verlängerung der Zuschlagsfrist eingeholt worden ist, sodass die dort abgegebenen Angebote heute noch Gültigkeit haben. Aufgrund der Ausschreibung schlug er vor, die jeweiligen Gewerke an die günstigsten Bieter zu vergeben. Er gab zu bedenken, dass leider hinsichtlich des Gewerkes Elektrotechnik/Starkstromanlagen/fernmeldetechnische Anlagen immer noch kein Angebot eingegangen ist. Diesbezüglich gab er bekannt, dass die Planer in Verhandlungen mit einer Elektrofirma sind und ein Angebot in Kürze zu erwarten ist. Diesbezüglich schlug er vor, die Verwaltung zu ermächtigen, das Elektrogewerk selbstständig zu vergeben, sofern ein wirtschaftliches Gebot eingeht.

Er teilte mit, dass laut der letzten Schätzung mit Gesamtkosten von 770.228 EUR gerechnet werden muss. Er gab zu bedenken, dass sich die Gesamtkosten nach derzeitigem Stand auf 691.575 EUR belaufen würden. Damit würde die Gesamtmaßnahme, stand heute, noch um 78.653 EUR unter der letzten Kostenschätzung liegen. Er teilte mit, dass im Haushaltsplan 2020 für die Maßnahme 740.000 EUR zur Verfügung stehen, wobei 51 % von der Städtebauförderung und 49 % über Eigenmittel finanziert werden.

Anschließend gaben die beiden Planer Jürgen Bihlmaier und Sven Springweiler Erläuterungen zur Ausschreibung und zum möglichen Ablauf. Ralf Schlögel sprach das fehlende Angebot für das Elektrogewerk an. Er bemängelte, dass dadurch immer noch keine Aussage über die gesamte Kostenhöhe gemacht werden kann. Ansgar Fehrenbacher gab zu bedenken, dass, sofern ein wirtschaftliches Angebot beim Elektrogewerk eingeht, sich die Kosten absolut innerhalb der Kostenschätzung bewegen. Architekt Jürgen Bihlmaier ergänzte, dass mit der Baumaßnahme in 2 Schritten, dies betrifft die Außen- und Innensanierung, begonnen werden kann. Das fehlende Elektrogewerk könne die Innensanierung zeitlich etwas verzögern. Doris Moosmann stellte erneut die gesamte Maßnahme infrage. Sie gab u.a. zu bedenken, dass die Kosten gegenüber der 1. Kostenschätzung vor wenigen Jahren stark angestiegen seien. Diese Kosten seien nicht vertretbar und es gebe Alternativen zur Sanierung der Galerie. Hauptamtsleiter Andreas Kaupp verwies auf die dem Gemeinderat bekannten Kostenschätzungen, die entsprechend fortgeschrieben worden sind. Zudem wurden im Haushaltsplan 2020 740.000 EUR für die Maßnahme zur Verfügung gestellt. Sonja Rajsp forderte mit Mitteln der Städtebauförderung den Abriss des Gebäudes. Hauptamtsleiter Andreas Kaupp verwies darauf, dass der Grundsatzbeschluss

zur Sanierung vom Gemeinderat längst vorgenommen worden ist und es in der heutigen Sitzung lediglich um die Vergaben geht. Johannes Geprägs gab zu bedenken, dass trotz Förderung von Abbruchkosten bei der Gestaltung eines späteren Geländes auf dem Grundstück der Galerie auch durch Hangabstützung hohe Kosten entstehen könnten. Erich Fehrenbacher sprach von einer normalen Sanierung eines Gebäudes. „Die Gewerke sind nicht überzogen und ich kann guten Gewissens der Sanierung des Gebäudes zustimmen. Auch private Grundstückseigentümer müssen ihre Wohnhäuser immer wieder sanieren. Dies tun wir jetzt mit der Galerie auch“, folgerte er. Doris Moosmann teilte mit, dass aus ihrer Sicht große Teile der Bevölkerung und die Vereine gegen Sanierungsmaßnahmen in der Galerie sind. „Diese Meinungen kann und will ich als gewählte Vertreterin im Gemeinderat nicht ignorieren.“ Nochmals forderte sie über andere Lösungen zu diskutieren und diese gegebenenfalls umzusetzen. Letztlich wurde eine namentliche Abstimmung im Gemeinderat beantragt.

Der Gemeinderat beschloss die vorliegenden Gewerke an die günstigsten Anbieter zu vergeben, mit dem Vorbehalt, dass für das fehlende Gewerk Elektrotechnik/Starkstromanlagen/fernmeldetechnische Anlagen ein wirtschaftliches Angebot eingeht. Sofern dies der Fall ist, wird die Verwaltung ermächtigt, die Gewerke einschließlich des Elektrogewerkes zu vergeben. Die Finanzierung erfolgt über die im Haushaltsplan 2020 vorhandenen Mittel in Höhe von 740.000 EUR. Diesem Beschluss konnten die Gemeinderäte Ansgar Fehrenbacher, Martin King, Stefan Weinmann, Erich Fehrenbacher, Johannes Geprägs und Rolf Buchholz zustimmen, während die Gemeinderäte Georg Buchholz, Ralf Schlögel, Sonja Rajsp, Doris Moosmann und Tobias Fehrenbacher diesem Beschlussvorschlag nicht folgen konnten.